

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Regierungsdienst: Die Anzeiger sind für den Postverkehr mit dem Ausland zu bezeichnen. — Anzeigen für den Postverkehr mit dem Ausland zu bezeichnen. — Anzeigen für den Postverkehr mit dem Ausland zu bezeichnen.

Telegramme: Codelblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 233

Sonntag, den 5. Oktober 1924

19. Jahrgang

### Versuche mit der großen Volksgemeinschaft.

Keine grundsätzliche Ablehnung der Sozialdemokraten. Die überraschten Deutschnationalen. Kanzlererklärung über Völkerverbund und Handelsverträge.

#### Von Hilferding bis Hergt?

Berlin, 3. Oktober.

In der Ansprache, die heute vormittag zwischen der sozialdemokratischen Fraktionsführern Müller-Franken, Welsch und Dr. Hilferding sowie dem Reichskanzler über eine Regierungsumbildung stattfand, wurde von sozialdemokratischer Seite festgestellt, daß die Sozialdemokratische Partei sich bei der Entscheidung über die Frage der Erweiterung der Reichsregierung nicht von parteitaktischen Erwägungen bestimmen lassen will. Ohne der Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorgreifen zu wollen, wurde betont, daß eine grundsätzliche Ablehnung der Erweiterung der Reichsregierung im Sinne des Reichskanzlers für die Sozialdemokratie nicht in Frage komme, daß aber vor abschließender Stellungnahme die Klärung der Frage geschaffen sein muß über die Haltung der Deutschnationalen Partei zum Schutze der republikanischen Verfassung, zur Durchführung des Washingtoner Abkommens und zu den entscheidenden Fragen der deutschen Außenpolitik.

Heute nachmittag fanden die Besprechungen zwischen den Beauftragten der Deutschnationalen Reichstagsfraktion und dem Reichskanzler über die geplante Erweiterung der Reichsregierung statt. Die deutschnationalen Vertreter bezeichnen den Plan der Einbeziehung der Sozialdemokratie in die Regierung als eine völlig neue Tatsache. Die bei einer Erweiterung der Regierung in Betracht kommenden Gesichtspunkte wurden eingehend besprochen. Die endgültige Stellungnahme zu den erörterten Fragen wird die deutschnationalen Reichstagsfraktion ebenso wie die Fraktionen der anderen Parteien in der nächsten Woche treffen.

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion war bei der Besprechung durch die Abg. Herrg. Graf Westarp, Schlegel und Behrens vertreten. Von der Reichsregierung waren außer dem Reichskanzler Vizkanzler Dr. Jarres Außenminister Stresemann und der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Graf Rantz amesend.

Die auf heute nachmittag anberaumte Kabinettsitzung hat mit der Frage der Regierungsumbildung nichts zu tun, sondern beschäftigt sich mit anderen Fragen. Die deutschnationalen Reichstagsfraktion ist über die Antwort, die die sozialdemokratischen Vertreter dem Reichskanzler gegeben haben, sehr erbot. Sie hatte offenbar gehofft, daß die Sozialdemokraten von vornherein die Bildung einer Volksgemeinschaft nach den Ideen des Kanzlers ablehnen und dadurch den Deutschnationalen freie Bahn für ihren Eintritt in die Reichsregierung schaffen würden. Indem die Sozialdemokraten die Volksgemeinschaft nicht grundsätzlich ablehnten, haben sie mehr Klugheit und staatspolitisches Verantwortungsbewußtsein gezeigt, als die Deutschnationalen ihnen zugetraut haben. Sogar der Deutschnationalen wird es nun sein, zu zeigen.

#### Keine katastrophale Missernte.

Berlin, 3. Okt. Wie den Blättern mitgeteilt wird, erklärt ein Vertreter des Reichsernährungsministeriums im Hinblick auf die übertriebenen Zeitungs- und Nachrichten vom Ausfall der bisherigen Ernte, daß sich der Ausfall gegenüber dem Vorjahre auf höchstens 20 Prozent stellen werde. Die Wiedereinführung der Brotkarte sei seitens der zuständigen Stellen noch niemals in Erwägung gezogen worden. Den Ausfall der bisherigen Ernte zahlenmäßig zu belegen, sei heute noch unmöglich, weil der Ausbruch kaum begonnen habe. Einen erheblichen Anteil an dem bisherigen Winterertrag hätten insbesondere Westfalen und Süddeutschland während die östlichen Gegenden, Deutschlands Kornkammern, eine günstige Roggenernte aufzuweisen hätten. Das Reichsernährungsministerium habe dem Winterertrag dadurch bereits Rechnung getragen, daß rechtzeitig Auslandskäufe getätigt wurden, die in den nächsten Wochen hereinkommen würden. Das Reichsernährungsministerium habe bereits Vorkehrungen getroffen, daß die aus dem Auslande eingehenden Mengen den durch den Ausfall bedrohten Landesteilen möglichst direkt zugeführt werden.

Durch solche Meldungen wird nur unnötige Beunruhigung geschaffen. Der Markt wird erheitert, die allgemeine Preisbildung gefördert und das Publikum zum Hamstern veranlaßt.

wie sie sich zu den großen Zukunftsaufgaben stellen. Auch die Deutsche Volkspartei und der rechte Flügel des Zentrums die den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung wünschen, sind der Auffassung, daß die bisherigen Erklärungen der Deutschnationalen nicht genügen können. Es liegt jetzt also lediglich bei den Deutschnationalen, ob auch sie an der Reichsregierung beteiligt werden können oder nicht. Die Haltung der Sozialdemokratie hat jedenfalls die Lage bereits soweit geklärt, daß man auch in Zukunft zur Not auf ihre Mitwirkung verzichten kann.

Berlin 3. Okt. Die volksparteiliche „Zeit“ schreibt zu den Verhandlungen heute u. a. folgendes: Eine Wiederaufnahme der Großen Koalition ist zurzeit unmöglich. Aber auch das Fortbestehen der bisherigen Koalition zählt nicht mehr zu den Möglichkeiten. Die Regierung muß eine Erweiterung erfahren damit sie an die wichtigsten und grundlegenden Fragen der Außen- und Innenpolitik, die uns jetzt gestellt werden, mit einer sicheren Mehrheit herangehen kann. Betrachtet man die Dinge wie sie sind, so gibt es zur Lösung dieser Frage heute eigentlich nur noch zwei Möglichkeiten: die Einbeziehung der Deutschnationalen in die bisherige Koalition, oder aber die Auflösung des Reichstages.

Berlin 3. Okt. Zu der heutigen Besprechung des Reichskanzlers mit den Sozialdemokraten bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“, daß die Annahme der von der Sozialdemokratie gestellten Bedingungen für die Deutschnationalen nichts anderes bedeuten würde als sich der sozialistischen Herrschaft auf innen- wie außenpolitischen Gebiete bedingungslos anzuliefern und auf jede eigene Bewegungsfreiheit von vornherein zu verzichten. Eine solche Zumutung sei natürlich für eine Partei von der Bedeutung der Deutschnationalen unerträglich.

Die „Germania“ wendet sich gegen die in der deutschnationalen Presse aufgetauchte Meinung, daß der größte Teil der Zentrumsfraktion für die Bildung eines Bürgerbundes sei und daß lediglich ein unansehnlicher Rest unter Führung des früheren Reichskanzlers Birck der Bildung einer Bürgerblockregierung widerstrebe. Die Hoffnung der Deutschnationalen, daß sich die Zentrumsfraktion letzten Endes doch noch zu einer Bürgerblockregierung bereitfinden würde, sei trügerisch.

Das „Berliner Tageblatt“ erklärt, die Entscheidung liegt nunmehr bei den Deutschnationalen. Wie auch die deutschnationalen Entscheidung ausfallen, so könne doch wohl der volksparteiliche Plan einer Regierungserweiterung schon jetzt als gescheitert angesehen werden. Entweder bleibe alles beim alten, oder das deutsche Volk müsse dazu aufgerufen werden, dem unmittelbaren Reichstag vom 4. Mal ein Ende zu machen.

Der „Vorwärts“ schreibt: Sollten die Deutschnationalen aus taktischen Gründen zu allem ja sagen, so werden die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die letzte Entscheidung zu fällen haben.

#### Gute Aussichten für die Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 3. Okt. Die Konferenz zwischen den deutschen Delegierten und den Franzosen über den kommenden Handelsvertrag finden in Paris eine ausgezeichnete Presse. Alle Blätter von der Rechten bis zur Linken wünschen den Arbeiten den besten Fortgang. Der „Matin“ schreibt, daß sich die Verhandlungen in einer Atmosphäre größter Herzlichkeit abspielen. Der Inhalt der einzelnen Etappen muß geheimgehalten werden und es wird erst dann ein allgemeines offizielles Kommuniqué herausgegeben werden, wenn das Abkommen in großen Zügen festgelegt ist.

Die „Journes Industrielle“ meldet aus Brüssel, daß die 25prozentige belgische Einfuhrabgabe auf die deutschen Waren voraussichtlich am 15. Oktober in Kraft tritt.

Warschau, 3. Okt. Von polnischer Seite sind die Vorbereitungen zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen soweit gediehen, daß schon in nächster Zeit mit der Designierung des Vorsitzenden und der Mitglieder der polnischen Delegation zu rechnen ist. Am 10. d. M. beginnen hier die Beratungen einer interministeriellen Kommission, um den ausgearbeiteten Entwurf zum Handelsvertrag zu prüfen.

#### Dr. Marx über die deutsche Politik.

London, 3. Okt. Dr. Marx hat dem Sonderkorrespondenten des „Daily Express“ in Berlin ein Interview gewährt, das heute von dem Blatte veröffentlicht wird. Auch die für England so vitale Frage, ob Deutschland sich durch hohe Zollschranken vor jedem Zuwanderer aus England abzuschließen gedenke, erwiderte der Kanzler, daß nicht der geringste Grund für eine solche Zollpolitik vorhanden sei. Im Gegenteil hätten die Statistik der letzten Jahre bewiesen, daß in Deutschland durchaus ein starker und sich steigender Bedarf an englischen Waren vorhanden sei. Auf die Frage nach seiner Ansicht über die gegenwärtige allgemeine Lage erklärte Dr. Marx, daß seiner Meinung nach nicht allein in ökonomischer, sondern auch in politischer Hinsicht eine neue Phase für Europa begonnen habe. Was Deutschland anbetreffe, so könne er nur versichern, daß es den Verpflichtungen, die es mit Annahme des Dawesberichts übernommen habe, bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit nachkommen werde. Der Standpunkt der deutschen Regierung hinsichtlich des Eintrittes Deutschlands in den Völkerverbund habe gleichfalls bei der Londoner Konferenz eine grundlegende Veränderung erfahren. Das deutsche Volk habe bisher keinen Grund gehabt, sich um seine Mitgliedschaft bei dem Völkerverbund zu bemühen. Aber nun, wo das Reparationsproblem gelöst ist, müsse Deutschland in Betracht der wichtigen Fragen, über die der Völkerverbund jetzt zu entscheiden habe, seine bisherige Haltung ändern. Er hoffe, daß der Beitritt Deutschlands in nicht allzuferner Zeit erfolgen werde.

Hinsichtlich der Schutzölle erklärte Dr. Marx, daß Deutschland ein Land sei, das arm an Rohmaterialien sei und so gezwungen wäre, diese von auswärts zuzuführen. Um sie dann als Fertig- oder Halbfertigwaren weiter auszuführen. Der größte Teil der deutschen Bevölkerung sei damit beschäftigt, die Rohmaterialien zu verarbeiten. Dies sei der Grund, warum Deutschland gezwungen sei, eine Schutzölpolitik zu verfolgen, eben um seiner Bevölkerung die Existenzmöglichkeit zu gewähren. Die Zolltarife bedeuten aber keineswegs, daß sich die deutschen Märkte von den ausländischen abschließen wollen.

#### Der französische Ministerrat über Deutschlands Völkerverbundsnote.

Paris, 3. Okt. Ueber den letzten Ministerrat kann berichtet werden: Die deutsche Denkschrift wegen des Eintritts in den Völkerverbund wurde lange erörtert. Es wurde beschlossen, daß die französische Regierung keine Einwendungen gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund machen will, daß aber die Zulassung Deutschlands keinerlei Privileg für Deutschland bedeuten solle. Herriot wurde beauftragt, sich mit den anderen Ministern in Verbindung zu setzen um eine gemeinsame Antwort auf die deutsche Denkschrift abzufassen.

#### Sondertagung des Völkerverbundes im Januar

Genf, 3. Okt. Man rechnet noch immer mit der Möglichkeit einer außerordentlichen Tagung der Völkerverbundsversammlung im Januar, die der Annahme der Veränderungsanträge zum Völkerverbundspakt gewidmet wäre die durch das Genfer Friedensprotokoll notwendig ist. Diese Veränderungen zum Völkerverbundspakt sollen deshalb beschleunigt werden, weil nach dem Völkerverbundspakt den Staaten zwei Monate Zeit gegeben sind, um die Veränderungen zu ratifizieren. Bei dieser Sondertagung könnte ein evtl. vorliegendes Aufnahmegesuch Deutschlands erledigt werden.

#### Neue politische Morde in Bulgarien.

Sofia, 3. Okt. In den letzten 48 Stunden hat die politische Mordechronik Bulgariens wiederum drei tödliche Attentate zu verzeichnen. In der Hauptstadt Sofia wurden zwei Führer der Mazedonier auf offener Straße niedergeschossen und in der Nähe von Delniz der kommunistische Abgeordnete Dr. Wazimoff getötet.

#### Leichte Entspannung in England.

Keine Stimmung für sofortige Neuwahlen. London, 3. Okt. Bereits im Laufe des gestrigen Tages lagen Anzeichen vor, daß die Möglichkeit sofortiger Neuwahlen in Liberalen und besonders in Geschäftstreifen keinen starken Anklang gefunden hat. In der City ist man sehr ungedulden darüber, daß das Weihnachtsgeschäft schon wieder durch Neuwahlen gestört werden könnte, wie man dies schon zweimal in den letzten Jahren erlebt habe. Bei dieser Stimmung ist es verständlich, daß die Liberalen schon wieder etwas Wasser auf ihren Wein geschüttet haben. Man hat

Advertisement text on the left margin, including 'Anmeldung des', 'Gottesdienst', 're!', 'rüge', 'für junge', 'mal (neben 17 Jahren)', 'awes.', 'Kreuz.', 'Beroda.', '6 Uhr ab', 'usik', 'Kapelle.', 'milch', 'abzugeben.', 'rt', 'Gilliger.', 'erstraße.', 'aub', 'AUE', 'cken', 'Orange', 'en Ent-', 'ner', 'an aller-', 'nderen', 'seiner', 'Habe', 'kühle', 'Wtwe', 'en.'